

musindustrie beschleunigten, könnte sich der positive Trend in der zweiten Jahreshälfte fortsetzen, so die Experten. (RMRB, 12.9.00) -ljk-

39 Weitere Wirtschaftsnachrichten

Nach dem Haushaltsplan 2000 beabsichtigt die Regierung der SVR Macau, 5,2 Mrd. MPtc (650 Mio. US\$) an Glücksspielsteuern einzunehmen. (XNA, 29.9.00)

Nach einem Bericht der Macau Monetary Authority (*Aomen jinrong guanliju*) überstieg die Gesamtsumme der Geldeinlagen der Banken Ende 1999 erstmals die 100 Mrd.-Grenze und erreichte 100,7 Mrd. MPtc, ein Zuwachs um 4,4% im Vergleich zu 1998. Der Nettowert der Devisen der Macauer Banken betrug 130 Mrd. MPtc, ein Zuwachs um 4,8% im Vergleich zu 1998. (RMRB, 27.6.00)

Der Telekommunikationsmarkt, der bislang von der Macau Telecommunications Company (CTM) monopolisiert wurde, wird dieses Jahr stufenweise geöffnet. Zunächst erfolgte die Ausschreibung für die Lizenz zur Verwaltung der Mobiltelefone. Bis zum 1. September bewarben sich acht Gesellschaften aus der VR China, Hongkong, Macau und Singapur um die Lizenz. (RMRB, 12.9.00) Ferner hat die Regierung der SVRM entschieden, dass Telekommunikationsgesellschaften im Oktober Lizenzen zum Betrieb von Internetdiensten beantragen können. Auch in diesem Bereich dominiert noch CTM. (XNA, 22.8.00) -ljk-

Taiwan

40 Wiederaufnahme des Flugverkehrs mit den Philippinen beschlossen

Am 25. September unterzeichneten Taiwan und die Philippinen ein neues Luftverkehrsabkommen. Damit endet eine nahezu einjährige Zeit, in der sämtliche Direktflüge zwischen beiden Staaten eingestellt waren.

Nach langen fruchtlosen Verhandlungen wurde ein Durchbruch erst erzielt, nachdem der philippinische Präsident Estrada eingegriffen und gegenüber seinen Unterhändlern ein Machtwort gesprochen hatte. Tatsächlich haben die Philippinen stärker unter dem Abbruch der Direktverbindungen gelitten als Taiwan, das aus einer Position der Stärke heraus verhandeln konnte. Die Philippinen hatten vor allem durch das Ausbleiben taiwanischer Touristen wirtschaftliche Einbußen hinnehmen müssen und sich zudem heftig dagegen gewehrt, dass die taiwanische Konkurrenz ihrer nationalen Fluggesellschaft Philippine Airlines Fluggäste in die USA abjagte. Das angestrebte Verbot solchen Weitertransports konnten die Philippinen jedoch nicht durchsetzen. China Airlines kündigten die Wiederaufnahme der Flüge zum südlichen Nachbarn für den 8. Oktober an. (CP, 27.9. und 29.9.2000; Manila Philippine Inquirer, Internetausgabe, nach FBIS, 25.9.2000; vgl. C.a., 1999/10, Ü 42, 2000/1, Ü 44, 2000/3, Ü 49) -hws-

41 UN-Mitgliedschaftsantrag erneut gescheitert

Taiwans neue Regierung setzt die Serie vergeblicher Versuche fort, Vollmitglied der Vereinten Nationen zu werden, wie sie schon die frühere KMT-Regierung Jahr um Jahr unternommen hatte. Ein im September von 14 befreundeten Nationen eingebrachter Antrag scheiterte jedoch erwartungsgemäß und wurde - wie in den Jahren zuvor - gar nicht erst auf die Tagesordnung der Vollversammlung gesetzt.

Bei der Sitzung des Leitungskomitees sprachen sich im Verlauf einer dreiviertel Stunden dauernden Debatte die Vertreter von 19 mit Taiwan verbündeten Staaten für den Antrag aus. Da die Ablehnung des Antrags - es war bereits der achte - von vornherein abzusehen ist, scheint Taiwans einziges Ziel darin zu bestehen, sich auf diese Weise internationale Aufmerksamkeit zu verschaffen. Als „Republik China“ wurde Taiwan 1971 zugunsten der VR China aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen. Taiwan empfindet die Behandlung durch die UNO als ungerecht, da es alle Merkmale eines unabhängigen Staates besitzt und damit die Voraussetzungen für eine

Anerkennung erfüllt. Präsident Chen Shui-bian erklärte, die Bemühungen um die UNO-Mitgliedschaft würden auch in Zukunft fortgesetzt. (CNAT, nach SWB, 9.9. und 11.9.2000) -hws-

42 100 Tage Chen Shui-bian und seine Regierung: wenig Erfolge, schwindende Zustimmung, ungelöste Probleme

Nach Ablauf der ersten 100 Tage, die die neue taiwanische Regierung und ihr Präsident Ende August im Amt waren, verstärkte sich Anfang September die Kritik an ihrer vorläufigen Leistungsbilanz, und die Popularitätswerte, die der Präsident und die Regierungsmitglieder erzielten, zeigten sich im Sinken begriffen.

Bei einer Ende August durchgeführten und am 3. September der Öffentlichkeit vorgestellten Umfrage unter 1.028 Bürgern war nur noch gut die Hälfte (50,3%) mit den Leistungen von Präsident Chen Shui-bian zufrieden; bald nach seinem Amtsantritt hatte er noch Zustimmungswerte von 80% erzielt. 21,5% erklärten jetzt, sie seien unzufrieden, während 28,1% keine Meinung äußern konnten oder mochten. Die Zustimmungswerte für Ministerpräsident Tang lag mit 58,6% etwas höher. Vizepräsidentin Lü schnitt mit 29,8% zustimmenden Voten mit Abstand am schlechtesten ab. Mit 39,5% um rund 10 Prozentpunkte höher lag die Quote derjenigen, die Lüs Leistung überhaupt für unbefriedigend halten.

Die Werte für den Präsidenten differierten stark je nach Parteianhänger-schaft der Befragten. Wähler der Demokratischen Fortschrittspartei DPP halten ihm offenbar die Stange: Sie erklärten zu 71,7%, sie seien mit Chens Leistungen zufrieden. Die Anhänger der Nationalen Volkspartei KMT mochten sich dagegen nur zu 28% und die Anhänger der People First Party zu 20% entsprechend positiv äußern, ein deutlicher Einbruch nach der auch aus diesen Kreisen noch im Frühjahr mehrheitlich positiven Einschätzung.

Am Günstigsten beurteilten die Befragten Chens Amtsführung in Bezug auf seinen Kampf gegen das „schwarze Gold“ - die Korruption und den von der früheren Regierung hinterlas-

senen politischen Filz. Als herausragende Schwäche galt, dass seine Politik bislang wenig konkrete Resultate gezeitigt habe, dass das Einlösen von Wahlkampfversprechen auf sich warten lasse und dass eine schlüssige Finanz- und Wirtschaftspolitik fehle. Premier Tang warfen die Befragten mangelnde Reformbereitschaft vor.

Gebeten, die Leistung von Präsident und Premierminister auf einer Skala von 0 bis 100 zu quantifizieren, erzielte Chen immerhin noch einen sehr guten Wert von 70%, während Tang sogar auf 72% kam.

Unter den Kabinettsmitgliedern fand Justizminister Chen Ding-nan mit seiner Leistung die meiste Anerkennung - er steht beim Vorgehen gegen die Korruption und beim Aufdecken alter Bestechungsskandale an vorderster Front. Von maximalen 100 Punkten gaben ihm die Befragten im Schnitt 74. Die schlechtesten Noten erzielte Finanzminister Shea Jia-dong (Xu Jiadong) mit 58,2 Punkten.

Insgesamt liegen die Noten für die Leistungen der neuen Regierung noch deutlich im positiven Bereich. Dies zeigte sich auch bei der Frage, ob die Regierung von Chen Shui-bian und Tang Fei besser oder schlechter sei als die am 20. Mai abgelöste KMT-Regierung: 37% der Befragten erkannten bessere Leistungen, nur 14% sahen schlechtere. (CNAT, nach SWB, 5.9.2000; CP, 4.9.2000)

Dennoch ist nicht zu übersehen, dass die Regierung in immer schwierigeres Fahrwasser gerät. Seit jenem Vorfall vom 23. Juni, als das Kompetenzgerangel staatlicher Stellen zum Tod von vier Arbeitern sowie zum Rücktritt des damaligen Vizepremiers führte (s. C.a., 2000/7, Ü 39), ist das Vertrauen in die Regierung, Taiwans Probleme zu meistern, gesunken. Nach den ersten hundert Tagen, die als Schonfrist gelten durften, weisen nun immer mehr Stimmen auf Versäumnisse und ungelöste Aufgaben hin.

Als zentraler Faktor für einen Großteil der Schwierigkeiten hat sich der Umstand herausgestellt, dass sich Chen Shui-bian keinen Koalitionspartner gesucht, sondern geglaubt hat, mit einer „Regierung für das ganze Volk“ einen parteiübergreifenden Konsens in allen wichtigen Fragen stif-

ten zu können. Die Tatsache, dass Mitglieder aller im Parlament vertretenen Parteien an der Regierung beteiligt wurden, hat jedoch entgegen seiner Hoffnung nicht dazu geführt, die anderen Parteien einzubinden, im Gegenteil: Die von den Oppositionsparteien beherrschte Legislative verfolgt ihren eigenen Kurs, unternimmt mal Alleingänge wie bei der Arbeitszeitverkürzung (vgl. C.a., 2000/6, Ü 50) oder legt sich das andere Mal quer - so erneut im September mit ihrer Ablehnung des Etatentwurfs für das nächste Haushaltsjahr (CP, 20.9.2000) -, sodass die Realisierung eines zusammenhängenden und in ihren Teilen aufeinander abgestimmten Regierungsprogramms unmöglich wird. Zudem sieht sich die derzeitige, von dem KMT-Mitglied Tang Fei geführte Regierungsmannschaft mit ihrer Tätigkeit Kritik von DPP-Mitgliedern ausgesetzt, die die Linie ihrer Partei in der Politik nicht wiederfinden. Unterdessen erklärte ein DPP-Parlamentarier, eine DPP-Minderheitsregierung sei immer noch besser als die derzeitige Lage. (CP, 25.9.2000)

Unter anderem auf Grund der Tatsache, dass die Opposition ihre Macht ausspielt, aber auch wegen knapper Kassen konnte Chen etliche seiner Wahlversprechen bislang nicht einlösen. Vor allem der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme (Krankenversorgung für Kinder, Renten für bislang unversorgte Alte) musste teils verschoben werden bzw. ist etatmäßig noch nicht unter Dach und Fach. Die oppositionelle KMT versuchte im September, im Haushaltsentwurf Kürzungen durchzusetzen, die Chens Wohlfahrtsziele noch weiter in die Ferne zu rücken drohen. (CP, 16.9., 19.9., 20.9., 23.9., 29.9.2000)

Zwei weitere Bereiche sind es, die im September für eine sich verdüsternde Stimmung sorgten: die Börse und die Chinapolitik. Eine pragmatische, dialogorientierte Chinapolitik hatte Chen Shui-bian zur Chefsache gemacht. Unbelastet von den Querelen, die sein Amtsvorgänger Lee Teng-hui mit der Pekinger Führung gehabt hatte, hatte er auf Entspannung gesetzt und zahlreiche Signale des Entgegenkommens ausgesandt; gleichzeitig hatte er sich wie in keinem zweiten Bereich für die Formulierung eines nationalen Kon-

senses in der Politik gegenüber dem großen China engagiert. Mit Beidem ist er jedoch im Grunde - und wohl auf absehbare Zeit - gescheitert:

-Die Beijinger Machthaber mögen dem DPP-Mitglied Chen nicht abnehmen, dass seine Signale ehrlich gemeint sind. Bestärkt sahen sie sich in ihrer Skepsis durch wiederholte rhetorische Misstöne, die Vizepräsidentin Annette Lü in die Sache brachte (erstmalig im April, vgl. C.a., 2000/4, Ü 47), sowie durch die Unwilligkeit der DPP, ihr Parteiprogramm nach Beijings Vorstellungen vom Ziel eines unabhängigen Taiwan zu reinigen (vgl. C.a., 2000/7, Ü 41). Chen selbst, von der Starrheit der Beijinger Führung enttäuscht, nährte Anfang des Monats selbst Zweifel an der Verlässlichkeit seiner entspannungspolitischen Linie, als er erklärte: „Wiedervereinigung ist nicht das einzige Prinzip. Zwei, drei oder unzählige Lösungen wären möglich.“ Zwar fügte er hinzu, diese Feststellung sei nicht als Positionswandel aufzufassen, tatsächlich aber bedeutete die Äußerung eine verhüllte Drohung, die Unabhängigkeitsoption wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Die Reaktionen auf festlandchinesischer Seite fielen entsprechend unfreundlich aus, und die Beijinger Falken durften sich in ihrer harten Linie in der Taiwanfrage bestätigt sehen. (IHT, 2.9. und 6.9.2000)

-Der nationale chinapolitische Konsens kam nicht zustande, da das Gremium, das Chen als überparteiliches Organ zu diesem Zweck ins Leben rief, von den Oppositionsparteien KMT und PFP boykottiert wird. Beide stehen auf dem Standpunkt, dass der existierende Nationale Vereinigungsrat (National Unification Council, NUC) hierzu die gegebene Institution sei. Chen hatte China in seiner Antrittsrede explizit zugesichert, den NUC nicht abzuschaffen. Dabei bleibt es zwar, aber faktisch hat er ihn kaltgestellt: Eine Zusammenkunft des Nationalen Vereinigungsrates ist bis auf Weiteres nicht vorgesehen. (CNAT, nach SWB, 6.9.2000) Ob das neue „Überparteiliche Gremium für Festlandsfragen“, das Anfang September seine Arbeit aufnahm, in dieser Situation noch viel der Sache Taiwans Förderliches bewirken kann, erscheint fraglich. (FT, 4.9.2000) Die seit einigen Monaten stattfindenden Besu-

che von Parlamentariern und anderen hochrangigen Persönlichkeiten aus Taiwan bei führenden Beijinger Politikern drohen unterdessen, Chens chinapolitische Linie vollends zu unterlaufen. Der Dialog, den der Präsident führen möchte, ist auf diese Weise längst im Gange - nur eben mit der Opposition.

Während chinapolitisch derzeit kaum Bewegung zu erkennen ist, geht es an Taiwans Börse seit Monaten nur abwärts. Vom Amtsantritt der neuen Regierung am 20. Mai bis Ende September verlor der taiwaner Aktienindex Taiex über 30%. Am 30.9. stand er bei 6185,14 Punkten, gegenüber dem bisherigen Jahreshoch von 10.202,2 Punkten, das am 17. Februar erreicht wurde, ein Abschlag von fast 40 Prozent. (CP, 25.9.2000; www.tse.com.tw/docs1/index.html) Analysten erkennen in der Talfahrt vor allem ein Zeichen mangelnden Vertrauens in die Finanz- und Wirtschaftspolitik der neuen Regierung. Als negatives Beispiel wurde wiederholt auf die unklare Haltung der Regierung zum in Bau befindlichen vierten Atomkraftwerk (AKW) verwiesen: Die DPP war mit der Forderung nach einem Baustopp in den Wahlkampf gezogen, jetzt allerdings fürchten Präsident und Regierung ebenso sehr einen Glaubwürdigkeitsverlust bei den Investoren, falls sie das Projekt tatsächlich noch kippen sollten, wie auf der anderen Seite einen Vertrauensverlust bei ihren Wählern, falls sie das AKW weiterbauen lassen. (CP, 25.9.2000) Auch jener Bereich, in dem die Regierung erwartungsgemäß agiert und am meisten Zustimmung erfährt, nämlich die Korruptionsbekämpfung, wirke, wie Kommentatoren betonen, wirtschaftspsychologisch nachteilig, da die Führungskräfte bedeutender Firmen fürchten müssten, in Bestechungsverdacht zu geraten oder gar auf die Anklagebank geschickt zu werden. Premier Tang Fei sprach sich dieser Kritik zum Trotz jedoch klar dagegen aus, beim Kampf gegen das „schwarze Gold“ nachzulassen. Wer das Bestechungsunwesen nicht heute bekämpfe, lade sich umso größere Probleme für die Zukunft auf. (CP, 1.9.2000)

Die wirkliche ökonomische Situation Taiwans rechtfertigt die gedrückte Stimmung auf dem Aktienmarkt kei-

neswegs. Zwar wurden optimistische Wachstumsprognosen in letzter Zeit vereinzelt leicht nach unten korrigiert, demgegenüber steht jedoch vor allem ein nach wie vor blühender Export. Die im September bekannt gegebenen Zahlen für den August machen dies deutlich: Erwartet worden war ein Plus gegenüber dem Vorjahresmonat von 19,9%; der tatsächliche Zuwachs bei den Ausfuhren betrug jedoch 25,1%. (<http://interactive.wsj.com>, 21.9.2000) Analysten verweisen auf die Stärke der taiwanischen Computerindustrie, die auch für das kommende Jahr rosige Zahlen verspricht, halten gleichwohl ebenfalls den nicht voll gelungenen Machtwechsel und mangelnde wirtschaftspolitische Professionalität der neuen Regierung für einen Grund - teils für den Hauptgrund - für den fehlenden Optimismus der Investoren. Optimistische Stimmen gehen davon aus, dass sich die Lage bessern werde, sobald die Regierung ihre derzeitige schwierige Übergangsphase überwunden habe. (CP, 25.9. und 26.9.2000) Laut einer von der kleinen New Party in Auftrag gegebenen Umfrage erklärten 48,4% der Befragten, sie seien mit den wirtschafts- und finanzpolitischen Leistungen der ersten vier Monate der neuen Regierung unzufrieden. Nur 11,6% erklärten, sie seien zufrieden. Auch bei dieser Umfrage erzielte Finanzminister Shea die schlechtesten Werte. (CP, 21.9.2000)

Weitere unangenehme Themen setzten der Regierung im September zu, darunter die - von der Regierung dementierte - Anschuldigung, sie lasse den Geheimdienst über Oppositionspolitiker berichten (CNAT, nach SWB, 12.9., 13.9., 15.9. und 16.9.2000) sowie die Vorwürfe von Opfern des September-Erdbebens vom vergangenen Jahr, die Administration vernachlässige die Wiederaufbauaufgaben. (s. Übersicht in diesem Heft).
-hws-

43 Jahrestages des großen Erdbebens: Opfer kritisieren schleppenden Wiederaufbau

Der 20. und 21. September standen in Taiwan ganz im Zeichen des Gedenkens an die Toten des großen Erdbebens vom 21.9.2000. (CNAT, nach

SWB, 22.9.2000; vgl. C.a., 1999/9, Ü 39, Ü 40, 1999/10, Ü 40)

Während sich die Staatsführung am Epizentrum des Bebens im mitteltaiwanischen Chichi (Jiji) zu einer Gedenkfeier versammelte, klagten viele obdachlos gewordene Überlebende über Ineffizienz und ungehaltene Versprechungen beim Wiederaufbau. Viele, denen eine rasche Unterbringung in Fertighäusern zugesagt worden war, lebten im September immer noch beengt und unkomfortabel in Wohncontainern mit je einer Wohn-Schlaf-Küche pro Familie. Wie hoch die psychische und physische Belastung der Überlebenden vielfach ist, erhellt beispielsweise die Tatsache, dass allein im Kreis Nantou 62 von ihnen später Selbstmord begingen. Da viele zudem ihre gewerbliche Existenzgrundlage verloren haben, verschlimmert Erwerbslosigkeit ihre materielle Notlage. Die Zahl der Arbeitslosen in den betroffenen Gebieten wird derzeit mit 80 000 angegeben. In den Containersiedlungen gaben 30% der Befragten an, ohne Arbeitsstelle zu sein. (CP, 18.9., 22.9.2000)

Tatsächlich scheint die Phase des Wahlkampfes und des Machtwechsels dem Wiederaufbau geschadet zu haben. Aus den Notunterkünften wurden Stimmen laut, wonach die Überwindung der Erdbebenfolgen unter der neuen Regierung noch schleppender verlaufen sei als unter der alten. Ob diese Einschätzung zutrifft oder lediglich ein Ausdruck wachsender Ungeduld beim Warten auf Besserung ist, sei dahingestellt. Es spricht jedoch einiges für die Aussage von Präsident Chen Shui-bian, wonach die Engpässe vor allem aus Bürokratie und Ineffizienz der örtlichen Verwaltungen in den betroffenen Gebieten herrühren. Von 100 Mio. NT\$, die zum Wiederaufbau von Wohnhäusern bereitgestellt wurden, konnte auf Grund zu komplizierter Genehmigungsverfahren erst ein Drittel ausgezahlt werden. Präsident Chen übernahm die politische Verantwortung für die Versäumnisse, gelobte Besserung und bat die Betroffenen um Entschuldigung. (CP, 18.9., 21.9.2000)

Verschärft wurde die allgemeine Kritik am Wiederaufbau noch, nachdem Fälle von Missbrauch oder zweckloser Vergeudung von Mitteln aus der Erdbebenhilfe aufgedeckt wurden. Lee

Yuan-tseh (Li Yuanzhe), Präsident der Academia Sinica und Leiter eines Bündnisses aller Erdbebenhilfsorganisationen Taiwans, erklärte politische Missstände auf lokaler Ebene als hauptverantwortlich für Fehler in der Mittelzuweisung. (CP, 15.9.2000; FT, 22.9.2000) -hws-

bar. Auf taiwanischer Seite werden die „kleinen drei Direktverbindungen“ als eine Art Probelauf für die eventuelle Eröffnung der großen „Drei Direktverbindungen“ (Handel, Verkehr, Telekommunikation) mit dem Festland angesehen, wie sie von China und der taiwanischen Geschäftswelt seit langem gefordert werden. (CP, 16.9., 18.9.2000) -hws-

44 Öffnung des „kleinen Grenzverkehrs“ mit dem Festland für Dezember angekündigt

Nachdem der Legislativ-Yuan bereits im März die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen hatte, kündigte Tsai Ing-wen (Cai Yingwen), Vorsitzende des quasiministeriellen Rats für Festlandsfragen (MAC), Mitte September an, ein regelmäßiger direkter Schiffsverkehr zwischen den zu Taiwan gehörenden Miniarchipelen Kinmen (Quemoy, Jinmen) und Matsu (Mazu) einerseits und dem Festland (Provinz Fujian) andererseits würde noch in diesem Jahr Wirklichkeit. Später könnten die Pescadoreen in das Programm einbezogen werden. (CP, 15.9.2000; vgl. C.a., 2000/3, Ü 48)

Auf den Inseln, die in Sichtweite des Festlands, jedoch 160 bis 200 km von der Hauptinseln Formosa entfernt liegen, waren direkte Verkehrsverbindungen zum Festland seit langem gefordert worden; sie hätten große Auswirkungen auf das Leben auf den Inseln, vor allem, wenn auch volksrepublikanische Touristen kommen dürften. (FT, 20.9.2000) In Taiwan erhofft man sich zunächst wohl vor allem einen Rückgang des intensiven Schmuggels. Taiwanische Sicherheitsbedenken standen einer offiziellen Einrichtung von Verkehrsverbindungen bisher entgegen. Während die Sicherheitsfragen nun offenbar als geklärt gelten dürfen - die taiwanischen Behörden werden den Grenzverkehr streng überwachen, zudem soll er kontingentiert werden -, stehen Verhandlungen mit der Gegenseite über die beiderseitigen Modalitäten jedoch noch aus. Insofern ist auch noch offen, ob der kleine Grenzverkehr tatsächlich noch in diesem Jahr zustande kommen kann; immerhin kamen aus Beijing zustimmende Äußerungen, und eine Realisierung ohne direkte Verhandlungen - deren Zustandekommen derzeit nicht absehbar ist - scheint denk-